

„Die Reinigung der Partei...“¹

Auseinandersetzungen in der Bremer KPD 1951/52

Hendrik Bunke

Die KPD war 1945 auch in den westlichen Besatzungszonen zunächst zu einer wichtigen politischen und gesellschaftlichen Kraft geworden, geriet aber bald mit Beginn des Kalten Krieges in eine zunehmende Isolation. In Bremen waren seit Januar 1948 keine Kommunisten mehr im Senat vertreten, parallel dazu begann ein massiver Antikommunismus die KPD auf allen wichtigen politischen Feldern auszugrenzen. Auch erste juristische Maßnahmen der Besatzungsmächte trugen zu dieser Ausgrenzung bei, so wurde beispielsweise in Bremen die Parteizeitung „Tribüne der Demokratie“ nach der Währungsreform 1948 für längere Zeit verboten.² Die strafrechtliche Verfolgung von Kommunisten nahm nach Gründung der Bundesrepublik dann stark zu, fand einen ersten Höhepunkt in der Verabschiedung des 1. Strafrechtänderungsgesetzes 1951 („Blitzgesetz“) und schließlich in dem Verbotsantrag der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht noch im selben Jahr.³ Dieser massive Druck von außen und die daraus resultierende Isolation ging einher mit einer zunehmenden politischen Radikalisierung der KPD und einem tiefgreifenden organisatorischen Struktur- und Führungswandel, der schwere innerparteiliche Folgen hatte, das Außenbild der Partei zusätzlich negativ prägte und so die Isolation und zunehmende politische Bedeutungslosigkeit noch verstärkte und ergänzte.

Zentrale Anlässe dieser radikalen Umgestaltung der KPD waren 1948 der Bruch des „Kommunistischen Informationsbüros“ (Kominform) mit Jugoslawien sowie der Umbau der SED zur „Partei neuen Typus“.⁴ Die dem Kominform-Beschluss folgende Kampagne gegen den „Titoismus“ richtete sich gegen Bestrebungen, einen eigenständigen, von der Sowjetunion unabhängigen Weg zum Sozialismus durchzusetzen. Ähnliche Ziele auf innerparteilicher Ebene hatte der propagierte Umbau zur „Partei neuen Typus“, der „die strikte Durchsetzung des innerparteilichen Zentralismus mit einseitiger Willensbildung von oben nach unten, Nivellierung etwaiger Mei-

nungsvielfalt in der Partei und die ausschließliche Ausrichtung auf das sowjetische Vorbild“⁵ durchsetzen sollte. Sowohl die Tito-Kampagne als auch der Umbau zur „Partei neuen Typus“ wurden von der KPD nachvollzogen und führten innerhalb von nicht einmal zwei Jahren zur nahezu kompletten Auswechslung der Spitzenkader, inklusive der Leitungen fast aller Landesverbände.⁶ In Bremen wurde Anfang 1951 das alte Sekretariat unter der Leitung von Willy Knigge abgelöst und ersetzt durch relativ junge, erst nach 1945 in die KPD eingetretene Parteimitglieder. Erster Sekretär wurde der damals dreißigjährige Hermann Gautier. Dieser Generationswechsel sowie vor allem der Ablauf der Landesdelegiertenkonferenz am 24. und 25. Februar 1951, auf der faktisch das neue Sekretariat ohne weitere Diskussion nur noch bestätigt werden konnte, war in der Partei keinesfalls unumstritten und wurde später zu einem Kernpunkt der hier zu schildernden Auseinandersetzungen. Die Absetzung des Sekretariats war letztlich nur Auftakt und Voraussetzung der in den nächsten anderthalb Jahren folgenden massiven Kampagne gegen die „Parteifeinde und Opportunisten“ in der Bremer KPD.⁷ Es traf dabei - nicht zufällig, wie zu zeigen sein wird - in erster Linie prominente Mitglieder, die allesamt der alten Landesleitung angehört hatten und deren Ansehen in der Partei sehr groß war. Behandelt werden sollen hier zwei besonders signifikante Fälle: zum einen die Absetzung und schließlich der Parteiausschluß des Fraktionsvorsitzenden in der Bremischen Bürgerschaft Rudolf Rafoth, zum anderen das Ausschlußverfahren gegen die ehemalige Gesundheits-senatorin Käthe Popall und ihren Ehemann Reinhold. Bei aller Unterschiedlichkeit der konkreten Anlässe verdeutlichen diese Fälle beispielhaft grundlegende Aspekte von Ursachen, Verlauf und Methode der Parteisäuberungen und der Ausschaltung von vermeintlicher oder tatsächlicher parteiinterner Opposition. Gleichzeitig werden aber auch die Aus- und Wechselwirkungen auf die Mitgliedschaft deutlich: In allen Fällen wurden die von der Leitung initiierten Ausschlüsse keineswegs widerspruchlos von der Basis hingenommen, und selbst im Sekretariat waren sie nicht unumstritten und führten zu Konflikten.

Der Fall Rafoth

Die Absetzung Rudolf Rafoths als Fraktionsvorsitzender der KPD in der Bremischen Bürgerschaft und schließlich sein Parteiausschluß verdienen nicht nur deshalb Beachtung, weil hier ein äußerst prominenter und profilierter Kommunist betroffen war und der Fall auch in der nichtkommunistischen Öffentlichkeit Aufsehen erregte, son-

dern auch, weil sein Fall in der Bremer Parteiorganisation als Auftakt und Exempel für die Kampagne gegen die „Parteifeinde“ benutzt wurde.

Der 1911 geborene Rudolf Rafoth gehörte bereits vor 1933 der KPD an und hatte hauptamtliche Tätigkeiten in der RGO ausgeübt. 1945 wurde er Syndikus der Angestelltenkammer und war bis 1951 auch in der Bezirks- und Landesleitung der KPD vertreten. Der Bremischen Bürgerschaft gehörte er als Vorsitzender der kommunistischen Fraktion seit 1946 an. Rafoth wird von Zeitzeugen übereinstimmend als „Starredner“ geschildert, mit einer starken Überzeugungskraft und weit über die KPD hinausreichenden Anerkennung.⁹ Anlaß für Rafoths Ablösung als Fraktionsvorsitzender war die Zustimmung der KPD zum Haushaltsentwurf für 1951, der von der Bremer Bürgerschaft am 30. März 1951 verabschiedet wurde. Diese Zustimmung kam überraschend, nicht nur weil es für eine kommunistische Parlamentsfraktion in dieser Zeit ungewöhnlich war, sondern weil es in der vorhergehenden Debatte hierfür keinerlei Anzeichen gegeben hatte: Sämtliche Änderungsanträge der KPD-Fraktion waren von der Bürgerschaft abgelehnt worden. Die von Rafoth in seiner Abschlußrede formulierte Nichtzustimmung der KPD-Fraktion zum Haushalt war denn auch eindeutig: „Wir sind überzeugt (...), daß die Bevölkerung früher oder später die Hohlheit einer Wirtschaft und einer Finanzpolitik erkennt, die ihren Niederschlag in den Haushaltsplänen findet, die wir nur ablehnen können“.¹⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt nahm also die Debatte ihren erwartungsgemäßen Verlauf. Nach dem letzten Redner jedoch unterbrach Bürgerchaftspräsident August Hagedorn (SPD) die Sitzung und bat die Fraktionsvorsitzenden zu einer Besprechung. Siebzig Minuten später trat die Bürgerschaft erneut zusammen. Hagedorn erklärte, man habe sich auf zwei Anträge geeinigt, „unter der Voraussetzung, daß die Bürgerschaft diese Anträge annimmt, stimmen auch die CDU und die KPD dem Haushalt zu“.¹¹ Der erste Antrag sah die Streichung des Bremer Besatzungskostenanteils vor, der zweite ersuchte die Finanzdeputation „um geeignete Vorschläge, wie weiter Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können“.¹² Beide Anträge wurden einstimmig angenommen, der Haushalt mit den Stimmen der KPD in einmaliger Lesung verabschiedet.

Offenbar handelte es sich bei der ungewöhnlichen und der Linie der Partei widersprechenden Zustimmung zum Haushalt eines bürgerlichen Parlaments um einen Alleingang des Fraktionsvorsitzenden Rafoth, der allerdings zunächst von den übrigen Fraktionsmitgliedern und dem Sekretariat gebilligt und mitgetragen wurde. Ra-

foth hatte die KPD-Abgeordneten nach der Beratung mit den anderen Fraktionsvorsitzenden kurz von der Vereinbarung unterrichtet und angeblich „die Bedenken einiger Genossen gegen die Zustimmung“ zerstreut. Auch das Sekretariat wurde noch am selben Tag über den Vorgang unterrichtet und unternahm in den folgenden Tagen zunächst nichts.¹³ Rafteroth konnte sogar noch in einem am 3. April 1951 veröffentlichten Artikel in der *Tribüne der Demokratie* die Streichung der Besatzungskosten als einen Erfolg und als „Zeichen des Widerstandes gegen die vom Petersberg diktierte Adenauer-Politik“ feiern.¹⁴

Erst durch diesen Artikel wurde der KPD-Parteivorstand in Düsseldorf auf die Vorgänge in Bremen aufmerksam, obwohl auf der Sekretariatssitzung am 30. März 1951, auf der die Leitungsmitglieder offenbar über die Haltung der Bürgerschaftsfraktion informiert wurden, mit Alfred Zeidler ein Mitglied des PV anwesend war.¹⁵ Zeidler selbst erwähnte in seinem Bericht über die Sitzung nichts von der Zustimmung zum Haushalt, hielt sie also offenbar auch für nicht besonders beachtenswert.¹⁶ Die zuständige Abteilung des Parteivorstandes sah dies allerdings anders und fragte am 7.4.1951 telefonisch beim Bremer Landessekretariat nach. Nachdem dieses erklärte, es habe sich mit der Sache noch nicht beschäftigt, wurde die Einberufung einer Sondersitzung mit Beteiligung eines Vertreters des PV verlangt.¹⁷ Diese Sitzung fand schließlich am 11.4.1951 statt. Das Bremer Sekretariat beschäftigte sich also erst zwölf Tage später mit dem Vorgang, und dies auch nur auf Druck und Initiative der Leitung in Düsseldorf. Bereits daraus wird deutlich, wie entscheidend der Einfluß des Parteivorstandes auf die nachfolgenden Ereignisse war. Der Verlauf der Sitzung, die letztlich zu einem Tribunal gegen Rafteroth wurde, bestätigte dies. Anwesend waren die noch nicht einmal zwei Monate im Amt befindlichen Sekretariatsmitglieder Hermann Gautier, Willy Lietzau, Willy Seipel und Ulrich Konetzka, die Bürgerschaftsabgeordneten und im Februar als Landessekretäre abgelösten Heinrich Nolte und Willy Knigge sowie der „Hauptangeklagte“ Rudolf Rafteroth. Vom Parteivorstand war Walter Fisch anwesend, der zu dieser Zeit Leiter der für Kommunalpolitik zuständigen Abteilung Staat-Land-Gemeinden beim Parteivorstand war und der auch den Bericht über die Sitzung verfasste.¹⁸

Fisch rekapitulierte darin noch einmal die bereits geschilderten Vorgänge und stellte fest, „daß die Haltung der Fraktion entscheidend auf den Einfluss des Genossen Rafteroth zurückzuführen war“. Es habe sich im Verlauf der Sitzung bestätigt, „daß es sich bei dem Fehler des Genossen Rafteroth nicht um eine einmalige Entgleisung,

sondern um den Ausdruck seiner zutiefst opportunistischen Einstellung handelt, die er auch bei anderen Anlässen schon gezeigt hat. Es zeigte sich weiter seine ungenügende Verbundenheit mit der Politik der Partei und seine Verstrickung in parlamentarische Kombinationen.“ Damit waren Inhalt und Vokabular der Absetzung Rafoths bereits vorgegeben. Das Bremer Sekretariat hatte allerdings zunächst noch Bedenken gegen die von Fisch vorgeschlagene sofortige Mandatsniederlegung Rafoths und meinte, man müsse ihm Gelegenheit zur Selbstkritik geben. Rafoth selbst verteidigte sich zunächst vehement und bestritt den Vorwurf, die Zustimmung der Fraktion zum Haushalt sei ein politischer Fehler gewesen. Die Streichung der Besatzungskosten sei für ihn ein Ausdruck der Opposition gegen Bonn und die Besatzungsmächte. Er habe die Zustimmung nicht für etwas Grundsätzliches gehalten, „wir sind doch nicht immer gegen Etatbewilligungen“. Rafoth betonte, daß Willy Knigge und ein Instrukteur seinen Artikel gelesen und keine Einwände gehabt hätten. Nach dieser Rechtfertigung jedoch gab Rafoth seinen Widerstand auf. Fisch schrieb in seinem Bericht: „Nachdem ich dann sehr deutlich zum Verhalten des Genossen Rafoth Stellung genommen hatte, änderte sich sein Verhalten mit einem Schlag. Er erklärte nun sein Verhalten für 'völlig falsch'. Auch sein Artikel sei 'opportunistisch'. Auf meine Frage, warum er sich nicht zum Vorschlag des Sekretariats äussere, daß er sein Mandat niederlegen wolle, erklärte er, dazu könne er heute noch nichts sagen, er müsse das erst 'beschlafen und mit seiner Frau besprechen'“.

Daß Rafoth nicht sofort auf die Aufforderung einging, sein Mandat niederzulegen, mußte schon als offener Affront gegen das Landesekretariat und den durch Walter Fisch vertretenen Parteivorstand verstanden werden. Die Beschlüsse, die das Sekretariat daraufhin faßte, waren eindeutig: Rafoth sollte bis zum nächsten Morgen eine Erklärung unterschreiben, wonach er sein Mandat niederlege. Andernfalls würde er aus der Partei ausgeschlossen, ein entsprechender Beschluß sowie die Begründung wurden „vorsorglich sofort formuliert“. Rafoth gab nach, erklärte am nächsten Morgen die Niederlegung seines Mandats und verpflichtete sich, „einen selbstkritischen Artikel zu schreiben“. Neben einer Reihe weiterer Maßnahmen, u.a. die Einberufung einer Fraktionsitzung und einer Funktionärskonferenz, beschloss das Sekretariat außerdem die Veröffentlichung einer politischen Erklärung zur Haltung der Fraktion, die bereits am Nachmittag vor der geschilderten Sitzung „gemeinsam“ mit Fisch ausgearbeitet worden war.¹⁹ Die Erklärung erschien am 13.4.1951 unter dem Titel „So darf keine kommunistische Frakti-

on handeln“ in der *Tribüne der Demokratie*.²⁰ Wie bereits in der Sitzung zwei Tage zuvor übte das Sekretariat zwar auch Selbstkritik, der Hauptstoß richtete sich jedoch gegen Rafoth und die Fraktion: „Die kommunistische Bürgerschaftsfraktion konnte einen solchen schweren Fehler nur darum begehen, weil sie ungenügend mit der Politik der Partei verbunden ist, weil sie sich offensichtlich nicht von dem Willen und von den Wünschen der Wählerschaft hat leiten lassen (...). Statt dessen hat sich die Fraktion in rein parlamentarische Kombinationen verstricken lassen. Das Sekretariat stellt dazu aber fest, daß es für diesen Fehler unserer Fraktion darum verantwortlich ist, weil es bisher die politische Anleitung der Bürgerschaftsfraktion in unzulässiger Weise vernachlässigt hat.“

Der „selbstkritische Artikel“ von Rudolf Rafoth erschien eine Woche später unter dem Titel „Warum legte ich mein Mandat nieder?“ in der *Tribüne der Demokratie* und hatte den gleichen Tenor wie die Erklärung des Sekretariats.²¹ Rafoth bezichtigte sich und die Fraktion des Opportunismus, der seine Ursachen in der „Überschätzung des Parlamentarismus“ und der „mangelnden Verbindung der Arbeit der Fraktion mit den breiten Massen des werktätigen Volkes“ habe. Der Vorwurf der „Überschätzung des Parlamentarismus“ deutete bereits die innerparteiliche Bedeutung der Absetzung Rafoths an. Ein auszugsweise vorliegender Bericht über die Sitzung der Bürgerschaftsfraktion zu diesem Thema am 17. April 1951 formulierte dies noch klarer: Das eigentliche Problem für den Parteivorstand lag im Verhältnis der Bürgerschaftsfraktion zum Landessekretariat: „Die Aussprache dauerte etwas über 3 Stunden und zeigte, daß die Stellung des Sekretariats gegenüber der Fraktion sehr schwer ist. Es kam deutlich zum Ausdruck, daß es seither in Bremen so war, daß die Fraktion die Partei geführt hat und daß sich die Mitglieder der Fraktion bis jetzt noch nicht daran gewöhnen können, daß die Partei, also das Sekretariat die Verantwortung für ihr Auftreten in der Bürgerschaft trägt.(...). Ich hatte bei der ganzen Aussprache den Eindruck, daß sich die Genossen nicht mit dem jugendlichen Sekretariat abgefunden haben und daß sie Aussprache von dieser Grundeinstellung beurteilt werden muß.“²²

Es handelte sich bei der Absetzung Rafoths und der „Abmahnung“ der Fraktion also nicht nur um die Berichtigung oder Bestrafung eines politischen Fehlers. Vielmehr bot sich hier für den Parteivorstand die Gelegenheit, die starke und eigenständige Stellung der Bürgerschaftsfraktion innerhalb der Partei zu schwächen, und zwar zugunsten eines aufgrund seiner „Jugendlichkeit“ und mangelnden Akzeptanz nicht genügend durchsetzungsfähigen Sekretariats. Eine

schnelle „Untersuchung der Bürgerschaftsfraktion“ war bereits im März 1951, also noch vor der Haushaltsabstimmung, in einem Instrukteursbericht empfohlen worden. Mehreren Fraktionsmitgliedern wurde bereits zu diesem Zeitpunkt vorgeworfen, sie befänden sich „nicht mehr ganz auf der Parteilinie oder sind Sektierer“, wollten keine Parteiaufgaben übernehmen und würden sich hinter ihrer Fraktionsarbeit „verkröchen“. Insbesondere sei dabei die Rolle Rafoths zu untersuchen.²³

Allerdings war mit dem statuierten Exempel nicht nur die Fraktion gemeint: Es ging primär um die Vereinheitlichung und Straffung der *gesamten* Partei in Bremen im Sinne des Umbaus zur Partei neuen Typus. Die kurze Zeit später veröffentlichte Erklärung der Fraktion deutete diesen Zusammenhang an: „Die Kritik und Selbstkritik wird uns helfen, die Schwächen zu überwinden. Wir sind davon überzeugt, daß gerade jetzt im Kampf um die Erhaltung des Friedens, gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages im Jahre 1951 alles von der Partei der Arbeiterklasse abhängt. Voraussetzung ist, daß sich die Partei streng nach den Beschlüssen des Parteitages richtet, daß sie keinerlei Opportunismus duldet, daß sie begangene Fehler nicht nur formell einsieht, sondern alles tut, diese Fehler auch zu berichtigen“.²⁴ Die Fraktion „berichtete“ den Fehler der Zustimmung zum Haushalt am 26. April 1951: Der neue (vorübergehende) Fraktionsvorsitzende Hein Dietrich erklärte in der Bürgerschaft „in aller Form, daß diese Zustimmung zum Haushalt von meiner Fraktion zwar gegeben wurde, daß wir aber jetzt offiziell die Zurücknahme unserer Zustimmung zur Kenntnis bringen“. Das Protokoll verzeichnete an dieser Stelle „Gelächter und Zurufe“.²⁵

Rudolf Rafoth wurde zunächst nicht gänzlich fallengelassen. Das Sekretariat beschloß bereits am 21. April 1951, ihn als Ersten Kreissekretär in Bremen-Nord einzusetzen.²⁶ Rafoth sollte hier, wie es später hieß, „seine Selbstkritik unter Beweis stellen, die er nach seinem schwerwiegenden Fehler in der Bürgerschaft abgegeben hatte.“²⁷ Die Leitung dieses organisatorisch schwachen Kreises war sicher keine dankbare Aufgabe, insofern war die Versetzung dorthin nicht nur eine Bewährungsprobe für Rafoth, sondern auch als Parteistrafe zu verstehen. Rafoth selbst aber schien inzwischen innerlich mit der Partei soweit gebrochen zu haben, daß er nicht mehr bereit war, diese Aufgabe zu erfüllen. In einem Brief vom 25. Mai 1951 erklärte er dem Sekretariat ohne weitere Absprachen, daß er am folgenden Montag, dem 28. Mai, nicht mehr im Kreisbüro erscheinen werde und führte dafür vor allem finanzielle Gründe an. Er könne für das

übliche Funktionärsgehalt von 250 DM nicht arbeiten, das Sekretariat habe seine Versprechungen auf Gehaltserhöhung nicht eingehalten, es ginge „kaltschnäuzig“ über seine persönlichen und finanziellen Schwierigkeiten hinweg.²⁸ Rafoth hatte seine neue Funktion ohne Zustimmung des Sekretariats niedergelegt, was nun in der Tat als „grober Disziplinbruch“²⁹ betrachtet werden konnte. Das Sekretariat beschäftigte sich auf einer Sondersitzung, auf der auch Rafoth anwesend war, am 17. Juni 1951 mit dem Fall. Das kurze Protokoll, das den Wortlaut der Besprechung nicht wiedergibt, vermerkt, es habe sich „nach einer ausführlichen Diskussion“ herausgestellt, „daß die vom Genossen Rafoth für die Niederlegung seiner Funktion vorgebrachten Gründe nicht den Kern treffen. Vielmehr bestätigte sich der Eindruck aus der Besprechung anlässlich der Kritik an der Zustimmung zum Haushaltsplan, in der zum Ausdruck kommt, daß der Gen. Rafoth mit der Politik der Partei nicht einverstanden ist. Er gibt zum Schluß zu, daß seit der Landesdelegiertenkonferenz sein Vertrauen zur Leitung der Partei erschüttert sei“³⁰.

Nach einer Stellungnahme Rafoths, in der er seinen Standpunkt offenbar nicht änderte³¹, beschloß das Sekretariat am 18. Juli 1951, „die Angelegenheit in der Generalmitgliederversammlung des Stadtteils Buntentor aufzurollen und zu erreichen, daß der Stadtteil den Genossen Rafoth aus der Partei ausschließt“.³² Tatsächlich aber gelang es nicht sofort, die Mitglieder von der Notwendigkeit des Ausschlusses zu überzeugen. Die erste Mitgliederversammlung des Stadtteils Buntentor verlief ergebnislos, und offenbar waren die Teilnehmer eher auf der Seite von Rafoth. Das Sekretariat schrieb später, es sei Rafoth sehr gut gelungen, „Mitleid bei den anwesenden Genossen und besonders den Genossinnen zu erwecken“³³. Erst auf der zweiten Mitgliederversammlung am 7. August 1951 wurde der Ausschluß Rudolf Rafoths aus der KPD „wegen parteischädigendem Verhalten und groben Disziplinbruchs“ beschlossen. Die Landesleitung bestätigte den Beschluß zwei Tage später.³⁴

Damit war Rafoth nun endgültig zur „Unperson“ geworden. Das Sekretariat verfasste die bereits zitierte „Kurze Übersicht zum Ausschluß von Rudolf Rafoth aus der Kommunistischen Partei Deutschlands“, die aber nicht veröffentlicht wurde, sondern offenbar dem Zweck diene, der eigenen Mitgliedschaft und den Funktionären den Ausschluß Rafoths plausibel zu machen. Der umfangreiche Bericht versuchte, Rafoth in politischer wie auch persönlicher Hinsicht zu diskreditieren, wobei neben den bekannten Vorwürfen vor allem Stil und Vokabular eine bemerkenswerte neue „Qualität“ erreichten. Besonders bezeichnend hierfür ist ein Auszug aus dem zusammen-

fassenden Schlußteil des Berichtes: Die „Überprüfung seines Verhaltens“ habe bewiesen, „...daß R.[afoth] aus eigensüchtigen, egoistischen Gründen in der Partei arbeitete, daß er mit der eigenen Partei nicht fest verwachsen war, daß seine Überheblichkeit und Eitelkeit viel tiefer verwurzelt war, als es vor einigen Monaten festgestellt wurde. Es ergab sich, daß Rafoth kein Führer bolschewistischen Typus war und auch nicht bereit war es zu werden. Er ist ein Kleinbürger, ein von Eitelkeit durchsetzter Spießer.“

Der Bericht endete schliesslich mit einem Hinweis auf die Bedeutung des Falles Rafoth für die Mitgliedschaft und formulierte damit zugespitzt noch einmal den eigentlichen Kern der Vorgänge: „Für die gesamte Partei muß das Beispiel Rafoth eine Lehre sein. Gegenüber den Opportunisten darf die Partei nicht versöhnlerisch sein - sie muß da, wo er sich den Genossen zeigt und besonders wenn er sich breit macht, ihn unnachsichtlich bekämpfen.“ Rudolf Rafoth war also zum exemplarischen Opfer der Kampagne gegen die „Parteifeinde“ geworden, die mit seinem Ausschluß in der Bremer Partei erstmals voll zum Tragen kam. Es war dabei kein Zufall, daß es ausgerechnet einen der prominentesten Kommunisten in Bremen traf. Als Vorsitzender der im innerparteilichen Machtgefüge starken und eigenständigen Bürgerschaftsfraktion stellte er durchaus ein Hindernis für die Durchsetzung des Umbaus zur „Partei neuen Typus“ und der Autorität des neuen Sekretariats dar, zumal Rafoth zumindest intern auch starke Vorbehalte gegen dieses äußerte. Hinzu kam seine starke öffentliche Prominenz und Profilierung sowie eine eigenwillige Persönlichkeit, die bereits zuvor in der KPD auf Mißtrauen und Vorbehalte gestoßen waren und jetzt benutzt werden konnten, den Ausschluß Rafoths zu rechtfertigen, die Eigenständigkeit der Fraktion zu demontieren und die gewünschten Machtstrukturen - d.h. die unbedingte Autorität und Kontrolle des Sekretariats - sowie die politische Linie innerhalb der Partei durchzusetzen. Dem Bremer Sekretariat kam dabei die Rolle des ausführenden Organs zu, die Initiative ging aber vom Parteivorstand aus, wie die Vorgänge um die Zustimmung zum Haushalt zeigten. Rudolf Rafoth wurde nach seinem Parteiausschluß DAG-Bevollmächtigter in Braunschweig und 1961 Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall in Frankfurt. Er starb 1964.

Der gescheiterte Ausschlußversuch: Reinhold und Käthe Popall

Mit der Absetzung Rafoths begann in der Bremer KPD eine massive Kampagne gegen die vermeintlichen „Agenten“ in der Partei. Be-

reits am 4. Mai 1951 beschloss das Sekretariat „auf Grund der zentralen Anweisungen“ die Ausarbeitung eines Plans „für die Bekämpfung der Parteifeinde im Lande Bremen“.³⁵ Weiterhin sollten Listen an alle Parteieinheiten ausgegeben werden, mit denen festgestellt werden sollte, „welche Genossen parteifeindliche Materialien erhalten“.³⁶ Die Landesinstruktoren wurden angewiesen, „die Wachsamkeit aller Genossen zu verstärken, um Volksfeinde und ihre Argumente zu erkennen und zu zerschlagen. Volksfeinde müssen isoliert werden.“ Die Vorwürfe gegen Rafoth schienen jedoch auf Zweifel und Widerspruch in der Mitgliedschaft zu stossen. In einer Sekretariatsvorlage der Kaderabteilung wurde im September 1951 festgestellt: „Die Diskussionen über die Gründe des Ausschlusses des Parteifeindes Rudolf Rafoth sind in der Partei noch im Gange. Die Wahlinstruktoren berichten, daß ihnen in zahlreichen Fällen von Mitgliedern und auch Funktionären gesagt worden sei, daß sie die politischen Gründe des Ausschlusses Rafoths nicht kennen“.³⁷

Anfang 1952 begann schließlich die Auseinandersetzung um die ehemalige Gesundheitssenatorin Käthe Popall und ihren Ehemann Reinhold, gegen die sich in Bremen fortan der „Kampf gegen den Opportunismus“ schwerpunktmäßig richtete. Beide gehörten zu den prominentesten und nicht nur innerhalb der Partei anerkannten Kommunisten in Bremen. Dieser Fall ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil hier erstmals ein von der Parteileitung angestrebter Ausschluß, nämlich der von Käthe Popall, gegenüber der Basis nicht durchgesetzt werden konnte und deshalb schließlich auch nicht erfolgte.

Käthe Popall, geboren 1907 in Bremen, kam über SAJ und Gewerkschaftsjugend 1928 zum KJVD und 1932 zur KPD.³⁸ Sie wurde für die RGO Betriebsrätin in der Bremer Jutespinnerei und war 1930/31 auch Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Nach 1933 leistete sie Widerstand und arbeitete u.a. in Berlin illegal für die KPD. 1935 verhaftet, wurde sie 1937 vom Volksgerichtshof zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt und danach bis 1945 in verschiedenen Gefängnissen und Zuchthäusern inhaftiert. Nach der Befreiung kehrte sie im Juni 1945 nach Bremen zurück und arbeitete sofort wieder für die KPD. 1946 wurde sie Mitglied und Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft und schließlich als erste Frau Mitglied des Senats, zunächst im Gesundheitsressort, später als Wohlfahrtssenatorin. Sie galt in dieser Zeit weit über die KPD hinaus als „absolut integere Persönlichkeit und Politikerin“³⁹. Nach dem Ausscheiden aus dem Senat 1948 blieb Käthe Popall noch bis 1951 Mitglied der Bürgerschaft sowie der Landesleitung der KPD. Ihr zweiter Mann Reinhold

Popall, den sie 1946 heiratete, hatte nach 1933 illegal für die KPD gearbeitet und war dafür 1936 vom Volksgerichtshof zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Zurück in Bremen gründete er nach Kriegsende ein Transportunternehmen und hatte außerdem führende Positionen in der KPD inne, u.a. als Leiter der Kaderabteilung und Mitglied des Bezirksvorstandes.

Beide Popalls hatten sich aus Unzufriedenheit über die Entwicklung der Partei schon längere Zeit, spätestens jedoch nach dem Austausch der Landesleitung aus der aktiven Arbeit für die KPD zurückgezogen. Bereits seit einem Jahr, so ein Instrukteursbericht vom Februar 1952, sei der Landesleitung „die feindliche Haltung“ Popalls bekannt gewesen, „ohne daß zu seinem Verhalten in der betreffenden Grundeinheit Stellung genommen wurde“.⁴⁰ Die Kampagne gegen die beiden setzte schließlich Anfang 1952 ein. Am 7. Februar 1952 beschloß das Sekretariat die „Verstärkung des ideologischen Kampfes gegen die parteifeindlichen Einflüsse“ und beauftragte den 2. Sekretär mit der Erarbeitung einer Vorlage. Aus dieser sollte hervorgehen, „welche Maßnahmen das Sekretariat der LL gegen solche Genossen durchführen wird, die in letzter Zeit sehr stark Diskussionen führen, die die Arbeit der Partei schädigen und das Vertrauen zur Leitung untergraben“.⁴¹ Gemeint war damit in erster Linie Reinhold Popall. Eine Woche später billigte das Sekretariat einen Artikel des kommissarischen Ersten Sekretärs Ulrich Konetzka⁴², der am darauffolgenden Wochenende in der *Tribüne der Demokratie* erschien und die Kampagne gegen Popall eröffnete.⁴³ In einem auch im Vergleich zu den vorhergehenden Artikeln und Ausschlußbegründungen ungewöhnlich scharfen Ton griff Konetzka die „Opportunisten“, „Parteifeinde“, „Agenten“ und insbesondere Reinhold Popall an. Dieser habe, so Konetzka, Material geliefert für eine von den „rechten Gewerkschaftsführern“ und dem Innenministerium herausgegebene Broschüre über den Hafenarbeiterstreik von 1951 in Bremen und Hamburg.⁴⁴ Es sei gleichgültig, ob Popall die Informationen bewußt oder nur indirekt weitergegeben habe, „objektiv haben er und auch diejenigen, die für die weitere Verbreitung seiner Schädlingsargumente sorgten, die Rolle von Agenten gespielt“. Noch bevor ein statutengemässes Ausschlußverfahren überhaupt angekündigt war, legte Konetzka als Vertreter des Sekretariats Ziel und Ergebnis fest. Es sei erwiesen, daß Popall „unbelehrbar ist und bleiben wird“. Er habe zur Partei seit Jahren keine direkte Verbindung mehr, diffamiere Funktionäre der Partei und untergrabe das Vertrauen zur Sowjetunion und zur DDR. Es sei selbstverständlich, so

das Fazit, „daß die Partei dieses Geschwür schnellstens entfernen muß“.

Daß der „Fall Popall“ und der Artikel in der *Tribüne der Demokratie* in der Partei schnell für erhebliche Unruhe und Diskussionen sorgte, zeigte eine Sekretariats-sitzung am 6. März 1952.⁴⁵ In einem umfangreichen Referat beschäftigte sich Ulrich Konetzka ausführlich mit der „Diskussion über das parteifeindliche Verhalten der Gruppe Popall“ und forderte: „Wir sollten heute in der Sitzung wirklich Klarheit schaffen“. Dies war aus der Sicht des Sekretariats offenbar auch nötig. Konetzka sprach von einer „Reihe von Beispielen aus den Grundeinheiten, die alarmierend sind“. Es hätten sich auf Mitgliederversammlungen, z.B. im Stadtteil Buntentor, „pro Popall-Stimmungen“ entwickelt, gegen die die Referenten sich nicht durchsetzen konnten. Gleichzeitig kritisierte Konetzka die Einzelfallbetrachtung. Es gebe keinen „Fall Popall“, „es gibt grundsätzlich nur den Kampf gegen den Opportunismus und Parteifeinde. Das ist keine Angelegenheit von 'Fällen', sondern eine Frage des ständigen Kampfes.“ Popall sei lediglich ein Teil einer ganzen Gruppe, „die vom Opportunismus angefressen ist“. Tatsächlich war dies ein Problem für das Sekretariat. Solange sich die Diskussion an prominenten Einzelpersonen orientierte, mußte es zwangsläufig schwerer fallen, der Mitgliedschaft die „Parteifeindlichkeit“ und die Notwendigkeit des Ausschlusses plausibel zu machen, zumal es sich um äußerst beliebte und einflussreiche Genossen handelte. Die Behandlung in einem größeren, unpersönlichen und abstrakten Zusammenhang („Kampf gegen Opportunismus“) blieb aber letztendlich nicht mehr als ein Versuch, den die Mitgliedschaft und selbst das Sekretariat nicht verinnerlichte.

Erstmals war in dieser Sitzung auch von Käthe Popall die Rede. Gegen sie wurden offenbar zunächst keine konkreten Anschuldigungen vorgebracht, vielmehr führte man ihr nicht genauer bezeichnetes „Fehlverhalten“ auf den Einfluß ihres Mannes zurück. Konetzka in seinem Referat: „Es gibt auch schon seit gut einem Jahr Diskussionen mit der Genossin Käthe Popall. Diskussionen, die darauf abzielen, daß man sich wirklich um sie bemüht hat, daß wir sie von dem Einfluß, dem sie durch ihren Mann unterliegt, retten wollen.“⁴⁶

Der nächste, wiederum von Ulrich Konetzka verfasste Artikel gegen Reinhold Popall erschien wenige Tage nach dieser Sekretariats-sitzung.⁴⁷ In ihm wurden vor allem angebliche „parteifeindliche“ Äußerungen Popalls zitiert. Dies war offensichtlich auch eine Reaktion auf einen aus den Reihen der Landesleitung erhobenen Vor-

wurf, daß das im ersten Artikel angesprochene „Tatsachenmaterial“ nicht veröffentlicht worden war. Vorgeworfen wurde Popall u.a., er habe die „Festveranstaltungen zu Ehren des Geburtstages des Genossen Stalin, die in der ganzen Welt von allen friedliebenden Menschen feierlich begangen werden“ als „Personenkult“ abgelehnt. Weiterhin verneine er die „gewaltige Bedeutung“ der Volksbefragung⁴⁸ sowie die Bedeutung von Resolutionen und Demonstrationen. Mit den beiden letztgenannten Vorwürfen waren erstmals konkrete, die Politik der Bremer Partei betreffende Aspekte thematisiert, in denen Popall offenbar tatsächlich im Widerspruch zur Leitung stand. Noch deutlicher wird diese Opposition im folgenden: „So erklärte Reinhold Popall offen, er lehne die Landesleitung ab. Seine ‚Begründung‘ dafür ist, die Leitung sei ‚zu jung‘. Die jungen Genossen hätten noch nicht bewiesen, wie sie sich in ernsteren Situationen verhalten würden“. Damit war wiederum das seit dem Leitungswechsel 1951 in der Partei latent vorhandene Generationsproblem angesprochen. Konetzka, mit 25 Jahren jüngstes Mitglied des Sekretariats, antwortete lediglich mit einem langen Zitat Stalins, in dem die „Vereinigung der alten und jungen Kader zu einem gemeinsamen Orchester der leitenden Arbeit der Partei“ proklamiert wurde. Popalls Argumentation sei die des „Klassengegners“. Man müsse, so Konetzka abschliessend, „mit solchen Elementen brechen, deren opportunistische Auffassungen zur offenen Parteifeindlichkeit ausgeartet sind“. Erwähnt wurde in dem Artikel außerdem, daß Reinhold und Käthe Popall die gegen sie eröffnete Kampagne nicht widerspruchslos hinnahmen. Offenbar hatten beide, nachdem eine Kreisdelegiertenkonferenz Anfang März sich mit den Vorwürfen beschäftigt hatte, einen Beschwerdebrief beim Landessekretariat abgegeben, in dem sie gegen die Vorwürfe protestierten. In diesem Zusammenhang wurde nun auch Käthe Popall erstmals direkt angegriffen: „Durch diese Beschwerde kommt aber noch etwas anderes zum Ausdruck. Obwohl die Genossin Käthe Popall in dem vorausgegangenen Artikel überhaupt nicht erwähnt wird, solidarisiert sie sich mit Reinhold Popall. Das zwingt zu der Schlußfolgerung, daß sie mit seinen Auffassungen einverstanden ist.“⁴⁹

Insgesamt war spätestens mit diesem Artikel klargestellt, daß das Sekretariat beabsichtigte, Reinhold und auch Käthe Popall aus der Partei auszuschliessen. Wenige Tage später, am 17.4.1952 nahm das Sekretariat eine Vorlage der Kaderabteilung an, in der eine außerordentliche Mitgliederversammlung der für die Popalls zuständigen Wohngebietsgruppe vorgeschlagen wurde. „In dieser Versammlung soll von den Mitgliedern ein Beschluß gefasst werden,

daß ein Verfahren eingeleitet wird gegen die Genossen Reinhold und Käthe Popall aufgrund ihrer Äußerungen ihrer negativen Kritik gegen die Politik der Partei und gegen die Landesleitung“, so die Vorlage weiter.⁵⁰ Ob dies verwirklicht wurde, ist nicht dokumentiert. Aber es fiel dem Sekretariat offenbar schwer, in der Partei die gewünschte Stimmung gegen die Popalls herzustellen und einen Ausschluß zu erreichen. Auch in der Landesleitung gab es Diskussionen mit zum Teil vom Sekretariat abweichenden Meinungen. Auf einer Sitzung am 11.5.52 erklärte ein Mitglied, Reinhold Popall habe Fehler zugegeben und wolle sie auch schriftlich niederlegen. Zwar sei er nach wie vor der Meinung, die Arbeiterklasse habe nicht die Kraft, sich zu befreien. Popall sei aber bereits 28 Jahre Mitglied der Partei und nun lediglich „stehen geblieben, er findet sich nicht mehr zu recht“. ⁵¹ Wenn man ihn ausschließen müsse, „dann wegen Dummheit“. Auch Käthe Popall habe zum Ausdruck gebracht, „daß sie gewillt ist, zur Partei wieder so eine Verbindung herzustellen, wie sie einmal war“. Beide seien außerdem bereit, selbstkritische Stellungnahmen abzugeben. Diese Erklärung konnte schon als Verteidigung Popalls gewertet werden, noch weiter ging auf der selben Sitzung Albert Oltmanns, als Mitglied des Sekretariats kurz zuvor selbst noch mit den „Ermittlungen“ gegen Popall beschäftigt. Oltmanns erschien die Formulierung von der „partei feindlichen Tätigkeit“ der Popalls „zu scharf und weitgehend“. Er kritisierte, daß die in den beiden „Tribüne“-Artikeln gebrauchten Formulierungen keinen anderen Schluss mehr zuließen als den Ausschluß aus der Partei. „Man sollte hier“, so Oltmanns, „etwas vorsichtiger formulieren“. Beide hätten sich „zu sehr verrannt“, besonders Käthe Popall habe aber „ihre bestimmten Verdienste für die Partei und Arbeiterklasse“. Man müsse deshalb „mit ihnen diskutieren, ihnen helfen, damit sie ihre Fehler einsehen und überwinden“. Diese Aussage eines führenden Mitglieds der Bremer Partei verdeutlicht, daß nicht einmal in der Landesleitung und im Sekretariat Einigkeit über die Behandlung des „Falls Popall“ herrschte. Erst recht mußte dies für die Parteibasis gelten. So wurde unter anderem auf einer Funktionärssitzung des Stadtteils Westen ein Antrag auf Ausschluß abgelehnt.⁵² Ulrich Konezka meinte gar feststellen zu müssen: „Es entsteht die Frage jetzt bei den Genossen, wer hat denn nun Recht, die Landesleitung oder die Popalls?“⁵³

Reinhold und Käthe Popall schrieben in der Folgezeit tatsächlich die bereits angekündigten Selbstkritiken. Auf einer Sitzung am 3. Juli 1952 beschäftigte sich das Sekretariat mit diesen Stellungnahmen - mit dem Resultat, daß nunmehr Einmütigkeit herrschte über

den Ausschluß der beiden.⁵⁴ Deutlich wurde, daß die Hauptkritik sich mittlerweile gegen Käthe Popall richtete. Ulli Konetzka meinte, die Stellungnahmen bestätigten, „daß nicht er sondern sie die treibende Kraft ist“. Deutlicher wurde Wilhelm Meyer-Buer: „Käthe hat aus den Diskussionen nichts gelernt - sie will nichts lernen. Wir müssen die Diskussionen führen mit dem Ziel, beide Popalls aus der Partei auszuschliessen“. Dem Sekretariat war allerdings bewußt, daß dies in der Partei nicht ohne weiteres durchzusetzen sein würde. Beschlossen wurden daher eine Reihe von Maßnahmen, mit denen der Ausschluß vorbereitet werden sollte.

Am 4. August 1952 beschloß eine Kreisfunktionärskonferenz, der zuständigen Grundeinheit den Ausschluß von Käthe und Reinhold Popall zu empfehlen.⁵⁵ Dies hatte keinerlei bindende Wirkung, war aber dennoch ein Druckmittel und wohl als solches auch gedacht. Bezeichnend war, daß der Beschluß wiederum nicht einstimmig erfolgte: Es gab zehn Gegenstimmen und fünf Enthaltungen. Der Ausschluß erfolgte jedoch immer noch nicht. Vielmehr verfassten beide Popalls noch einmal Selbstkritiken, mit denen sich das Sekretariat erneut in mehreren Sitzungen beschäftigte. Mit beiden, insbesondere mit Käthe Popall, wurden weitere Aussprachen geführt.⁵⁶ Ein späterer Artikel in der *Tribüne der Demokratie* berichtete über eine solche Unterredung mit Reinhold Popall vom 16.10.1952, in der Popall auf seinem „parteifeindlichen Standpunkt“ beharrt und „jede Kritik und Hilfe“ abgelehnt habe. „Das Landessekretariat mußte deshalb zu der Schlußfolgerung kommen, daß weitere Besprechungen mit Reinhold Popall unfruchtbar sein würden und in seinem Fall der Beschluß der Kreisfunktionärskonferenz durchzuführen sei.“⁵⁷ Auch die Landesleitung stimmte diesem Beschluß am 8./9. November 1952 zu.⁵⁸ Damit war der Ausschluß allerdings noch nicht wirksam, beschlossen werden konnte er nur von der zuständigen Grundeinheit. Reinhold Popall wartete jedoch das Ende des Parteiverfahrens und den wahrscheinlichen Ausschluß nicht ab: Er gab im Dezember 1952 sein Mitgliedsbuch ab und trat damit aus der KPD aus.⁵⁹

Käthe Popall dagegen blieb Mitglied der KPD. Das Parteiverfahren gegen sie fand seinen Abschluß mit einer Sitzung ihrer Wohngebietsgruppe im Stadtteil Gröpelingen am 2. Januar 1953: Die Mitglieder lehnten den von Sekretariat, Landesleitung und Kreisfunktionärskonferenz geforderten Ausschluß ab. Die Versammlung faßte „nach reger Diskussion“ folgenden bemerkenswerten Beschluß: *„Die Wohngebietsgruppe hat am 2. Januar 1953 zu dem Beschluß der Funktionärskonferenz des Kreises Bremen Stellung genommen, in dem der Wohngebietsgruppe vorgeschlagen wird, die Genossin*

Käthe Popall wegen ihres bisherigen Verhaltens aus der Partei auszuschließen. Die Wohngebietsgruppe kann dem Vorschlag der Bremer Funktionärkonferenz nicht folgen.

Die Wohngebietsgruppe stellt fest, daß die Genossin Käthe Popall durch ihre negierenden, persönlichen Diskussionen inner- und außerhalb der Partei die Einheit der Partei gefährdet, die Schlagkraft der Partei gehemmt und dadurch objektiv parteischädigend gewirkt hat. In dieser politischen Situation ist die Einheit der Partei das erste Prinzip einer marxistisch-leninistischen Partei.

Die Wohngebietsgruppe erteilt aus diesem Grunde der Genossin Käthe Popall hierfür eine Rüge. Damit betrachtet die Wohngebietsgruppe das Verfahren gegen die Genossin Käthe Popall als abgeschlossen. Sie erwartet von der Genossin Popall, daß sie die Lehren aus ihrem bisherigen Verhalten zieht, daß sie sich bemüht:

- 1. ihre ganze Kraft weiterhin der Partei in ihrem nationalen Kampf zur Verfügung stellt.*
- 2. durch das Studium unserer Theorie des Marxismus-Leninismus insbesondere der Dokumente der Partei, sich auf der Höhe der Aufgaben der Partei zu halten.*
- 3. sich vom parteischädigenden und parteifeindlichen Verhalten ihres Mannes Reinhold Popall (...) ideologisch-politisch distanziert. (...).⁶⁰*

Mit dieser Erklärung trotzte die Grundeinheit allen zuvor von den maßgeblichen Leitungsinstanzen der Bremer Partei getroffenen Beschlüssen, mit denen ein Ausschluß bereits festzustehen schien. Zwar akzeptierten die Mitglieder offenbar die vom Sekretariat vorgebrachten Argumente, für einen Parteiausschluß schienen sie jedoch nicht zu genügen. Die Erteilung einer „Rüge“ war deshalb wohl nicht mehr als ein Zugeständnis an die Parteileitung, das für Käthe Popall keine weiteren Folgen hatte. Auch die Forderung an die ehemalige Gesundheitssenatorin, sie solle sich vom Verhalten ihres Mannes „ideologisch-politisch“ distanzieren, war eher eine Aussage zu ihren Gunsten und gegen den Standpunkt des Sekretariats, in dem zuvor die Frage aufgetaucht war, ob überhaupt die Ehefrau eines Parteifeindes weiterhin Mitglied der KPD sein könne.⁶¹

Käthe Popall hatte sehr um ihre Parteimitgliedschaft gekämpft und angeblich auch mehrmals in Ost-Berlin bei zuständigen Stellen der SED und KPD Fürsprache für sich und ihren Mann gesucht.⁶² Obwohl die Grundeinheit hinter ihr stand, war das Ausschlußverfahren für Käthe Popall eine persönliche Erfahrung, die „sehr, sehr schmerzhaft“ war, wie sie später bilanzierte.⁶³ Sie blieb noch bis zum Verbot 1956 Mitglied der KPD, war aber politisch isoliert und nicht

mehr aktiv. 1967 zog sie mit ihrer Familie ins Saarland, wo ihr Mann Reinhold 1981 starb. Käthe Popall starb nach langer Krankheit 1984 in ihrer Heimatstadt Bremen, in die sie kurz zuvor zurückgekehrt war.

Fazit

Das Verfahren gegen die Popalls war in der Bremer KPD das letzte im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Partei.⁶⁴ Resultat der Säuberungen war keineswegs die vom Sekretariat propagierte Stärkung der KPD. Zu konstatieren war vielmehr zunächst eine Verunsicherung der Mitgliedschaft. In allen drei geschilderten Fällen stand das hohe persönliche und politische Ansehen der Betroffenen im Gegensatz zu den gegen sie vorgebrachten Anschuldigungen. Dies mußte zwangsläufig zu Diskussionen und zu Differenzen zwischen Mitgliedschaft und Sekretariat führen, selbst wenn vielleicht die Vorwürfe der „Spionage“, des „Agententums“ und des „Opportunismus“ bei einem Teil der Mitgliedschaft auf Glauben stießen. Dieser Gegensatz machte die lokalen Säuberungen verglichen mit denen auf Bundesebene wesentlich schwieriger.⁶⁵ Spionagevorwürfe gegen Genossen, die in ihren Grundeinheiten persönlich bekannt und anerkannt waren, mußten unglaubwürdig erscheinen. Erst recht galt dies für den Stadtstaat Bremen, in dem durch die regionale Begrenztheit von vornherein ein höherer Grad an politischer und persönlicher Vernetzung herrschte als in Flächenstaaten. Unmöglich wurde dadurch auch die von der Parteileitung immer wieder geforderte, aber nie umgesetzte „prinzipielle“, d.h. abstrakte Behandlung der „Fälle“, zumal auch die führenden Funktionäre nicht frei waren von diesen Widersprüchen.

1 Quellengrundlage dieser Arbeit ist ein umfangreicher Aktenbestand der Bremer KPD, der u.a. nahezu lückenlose Sitzungsprotokolle der Landesleitung und des Sekretariats zwischen 1949 und 1956 enthält. Dieser etwa 7000 Seiten umfassende Bestand ist inzwischen in die »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv« (Sapmo) in Berlin überführt worden. Quellen aus diesem Bestand werden im folgenden mit „SAPMO [Signatur]“ zitiert. Eine Klärung eventueller Änderungen der Signaturen infolge einer Neuordnung des Bestandes konnte für diesen Aufsatz nicht mehr erfolgen. Das Zitat der Überschrift entstammt einem Artikel

aus der Bremer KPD-Zeitung „Tribüne der Demokratie“ (*Die Reinigung der KPD von Opportunisten und Parteifeinden ist die Voraussetzung für ihren Sieg!*, Tribüne der Demokratie 16./17.2.52).

2 Vgl. Hendrik Bunke (Hrsg.), Willy Hundertmark. Erinnerungen an ein widerständiges Leben, Bremen 1997, S. 54ff.

3 Vgl. Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt a.M. 1978.

4 Vgl. Günter Judick, Josef Schleifstein und Kurt Steinhaus, Einleitung: Zu einigen Fragen der Nachkriegsgeschich-

- te der KPD, in: KPD 1945 - 1968. Dokumente, herausgegeben und eingeleitet von Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus, 2 Bände, Neuss 1989, Band 1, S. 13 - 134, hier S. 40ff.; zum Wandel der SED: Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus in den Jahren 1946 - 1950, Berlin 1996.
- 5 Georg Fülberth, KPD und DKP 1945 - 1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1990, S. 63. Zu den theoretischen Grundlagen außerdem Malycha, a.a.O., S. 31ff.
- 6 Siehe dazu insbesondere Herbert Mayer, Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern...? Zu den Säuberungen in der KPD (1948 - 1952) und der Mitwirkung der SED, Berlin 1995 (=Hefte zur DDR-Geschichte 29).
- 7 Allerdings hatte es in Bremen bereits 1949 erste Parteiausschlüsse gegeben, die jedoch noch nicht in direktem Zusammenhang mit den Säuberungen ab 1951 standen. Sie betrafen Anhänger der in der Tradition der KPO stehenden „Gruppe Arbeiterpolitik“, die sich seit 1946 als kleine oppositionelle Gruppe innerhalb der KPD wieder organisiert hatten. Vgl. dazu Heinz Kundel, Eine neue KPO? Zur Geschichte der „Gruppe Arbeiterpolitik“, in: Heinz-Gerd Hofschien / Almut Schwerd (Hrsg.), Zeitzeugen berichten: Die Bremer Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren, Bremen 1989, S. 115ff.; eine Gesamtdarstellung gibt K.P. Wittemann, Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik. Darstellung ihrer grundlegenden politischen Auffassungen und ihrer Entwicklung zwischen 1945 und 1952, Hannover 1977.
- 8 Vgl. Horst Adamietz, Das erste Kapitel. Bremer Parlamentarier 1945-1950, Bremen 1975, S. 53.
- 9 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, 30. März 1951, S. 225.
- 10 Ebenda, S. 217.
- 11 Ebenda, S. 224.
- 12 Ebenda, S. 224f.
- 13 *Bericht über Sekretariatssitzung Bremen am 11.4.51*, in: SAPMO I 11/20/6.
- 14 *Bremische Bürgerschaft streicht Besatzungskosten*, Tribüne der Demokratie 3.4.1951.
- 15 *Protokoll der Sekretariatssitzung vom 30. März 1951 in Bremen*, in: SAPMO I 11/20/6.
- 16 *Ergänzender Bericht zum Protokoll vom 30.3.1951 aus Bremen (2. April 1951)*, in: SAPMO I 11/20/6.
- 17 *Bericht über Sekretariatssitzung Bremen am 11.4.51*, in: SAPMO I 11/20/6
- 18 Ebenda. Alle folgenden Zitate sind diesem Bericht entnommen.
- 19 Ebenda.
- 20 Tribüne der Demokratie 13.4.1951.
- 21 Tribüne der Demokratie 21./22.4.1951
- 22 *Auszüge aus dem Bericht über die Fraktionsitzung in Bremen am 17. April 1951*, in: SAPMO I 11/20/20. Der Autor des Berichtes ist nicht genannt.
- 23 *Instrukteurbericht vom 14.3. - 27.3.1951, Land Bremen*, in: SAPMO I 11/20/13.
- 24 *Bremer KPD-Fraktion legt Wurzeln ihres Fehlers frei*, Tribüne der Demokratie 26.4.1951.
- 25 Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, 26. April 1951, S. 270.
- 26 *Protokoll der Sekretariatssitzung vom 21. April 1951 in Bremen*, in: SAPMO I 11/20/6.
- 27 *Ein Parteifeind ist auch ein Volksfeind. Eine kurze Übersicht zum Ausschluss von Rudolf Rafoth aus der Kommunistischen Partei Deutschlands*, in: SAPMO I 11/20/16.
- 28 Ebenda.
- 29 Ebenda.
- 30 *Protokoll der Sekretariatssitzung am 17. Juni 1951*, SAPMO I 11/20/6.
- 31 *Ein Parteifeind ist auch ein Volksfeind*, a.a.O.
- 32 Ebenda.
- 33 Ebenda.

- 34 Ebenda.
- 35 *Protokoll der Sekretariatsitzung vom 4. Mai 1951 in Bremen*, in: SAPMO I 11/20/6.
- 36 *Anlage zum Protokoll 4.5.: Arbeitsanweisung für die Genossen Instrukteure*, in: SAPMO I 11/20/6.
- 37 *Sekretariats-Vorlage: Vorschläge zur Überwindung der noch vorhandenen Unklarheiten über den Ausschluss von Rudolf Rafoth*, in: SAPMO I 11/20/6.
- 38 Zur Person und Biographie Käthe Popalls: Käthe Popall, Ein schwieriges politisches Leben. Erzählte Geschichte, bearbeitet von Peter Alheit und Jörg Wollenberg, Fischerhude 1985.
- 39 Adamietz, Das erste Kapitel, a.a.O., S. 61.
- 40 *Land: Bremen, Einsatz vom 23.1. - 24.2.52*, in: SAPMO I 11/20/13.
- 41 *Protokoll der Sekretariatsitzung vom 7. Februar 1952 in Bremen*, in: SAPMO I 11/20/7.
- 42 *Protokoll der Sekretariatsitzung vom 14. Februar 1952 in Bremen*, in: SAPMO I 11/20/7. Konezka - zu diesem Zeitpunkt 25 Jahre alt - hatte die Funktion des Ersten Sekretärs Anfang 1952 vorübergehend übernommen, nachdem Hermann Gautier wegen des kurz zuvor gestellten Verbotsantrages der Bundesregierung in die sogenannte „2. Linie“ - mit der ein zweiter, illegaler und getarnter Parteiapparat aufgebaut werden sollte - gerückt war und Funktionen in anderen Bundesländern übernahm. Die „2. Linie“ wurde bald wieder aufgegeben, nachdem klar war, daß ein Verbot nicht unmittelbar bevorstand. Hermann Gautier kehrte im September 1952 nach Bremen zurück.
- 43 *Die Reinigung der KPD von Opportunisten und Parteifeinden ist die Voraussetzung für ihren Sieg!*, Tribüne der Demokratie 16./17.2.52.
- 44 Die Broschüre liegt leider nicht vor. In den Lebenserinnerungen von Käthe Popall ist die Rede von einer von Margarethe Buber-Neumann verfassten Broschüre, für die Reinhold und Käthe Popall Material geliefert haben sollen. In den vorliegenden Akten ist hierauf kein Hinweis zu finden (Käthe Popall, Ein schwieriges politisches Leben, a.a.O., S. 129).
- 45 *Protokoll der Sekretariatsitzung vom 6. März 1952 in Bremen*, in: SAPMO I 11/20/7.
- 46 Ebenda.
- 47 *Die Tore der Partei öffnen sich nur Würdigen*, Tribüne der Demokratie 12./13.4.52.
- 48 Die „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951“ war eine im wesentlichen von der KPD initiierte und getragene Aktion gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und wurde 1951 zu einer Hauptaufgabe für ihre Mitglieder.
- 49 *Die Tore der Partei öffnen sich nur Würdigen*, a.a.O.
- 50 *Protokoll der Sekretariatsitzung vom 17.4.52 in Bremen*, in: SAPMO I 11/20/7.
- 51 *Landesleitungssitzung am 11. Mai 1952*, in: SAPMO I 11/20/3.
- 52 *Protokoll der Sekretariatsitzung vom 29. Mai 1952 in Bremen*, in: SAPMO I 11/20/7.
- 53 Ebenda.
- 54 *Protokoll der Sekretariatsitzung am 3. Juli 1952*, in: SAPMO I 11/20/7.
- 55 *Land: Bremen, Einsatz vom: 22.7. bis 20.8.1952*, in: SAPMO I 11/20/13. Der berichtende Instrukteur ging wohl - trotz der nicht bindenden Wirkung des Beschlusses - von einer nunmehr unverzüglichen und endgültigen Umsetzung des Ausschlusses aus: „Nachdem die Grundeinheit den Ausschluß der beiden Popalls vorgenommen hat [sic!], ist eine Kreismitgliederversammlung vorgesehen, die sich mit der Frage der Erhöhung der politischen Wachsamkeit befasst und gleichzeitig allen Mitgliedern die Ausschlußbegründung bekannt gibt.“ Der Berichterstatter rechnete offenbar nicht mit der Möglichkeit, daß die Grundeinheit den Ausschluß auch ablehnen könnte.
- 56 *Protokoll der LSS am 16.9.52; Protokoll der LSS am 18.9.52; Protokoll der*

LSS am 2.10.52; Protokoll der LSS am 13.11.52, alle in: SAPMO I 11/20/7.

57 *Kein Deutscher kann sich seiner Verantwortung entziehen*, Tribüne der Demokratie 19.12.52. Die endgültige Ausschlußforderung war nach den vorhergehenden Ereignissen nicht überraschend. Bemerkenswert ist an der Aussage aber die Betonung auf „in seinem Fall“. Dies implizierte, daß der Ausschluß Käthe Popalls auch im Landessekretariat keineswegs beschlossene Sache war.

58 Ebenda.

59 Ebenda. Das Sekretariat nahm den Austritt zum Anlaß, noch einmal ausführlich Stellung zu den Gründen des - letztlich ja nicht erfolgten - „Ausschlusses“ zu nehmen.

60 *Stellungnahme der Wohngebietsgruppe I zum Verhalten der Genossin K. Popall*, Tribüne der Demokratie 7.1.1953.

61 Interview Meyer-Buer, 2.

62 Ebenda. Angeblich war Käthe Popall bereits 1948 wegen Differenzen mit der Bremer Parteileitung nach Berlin gereist; vgl. Inge Buck, unter Mitarbeit von Elisabeth Meyer-Renschhausen: Käthe Popall. In: Renate Meyer-Braun (Hrsg.): *Frauen ins Parlament! Porträts weiblicher Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft*, Bremen 1991, S. 215.

63 Inge Buck, Käthe Popall, a.a.O., S. 215.

64 Die innerparteilichen Auseinandersetzungen der folgenden Jahre konzentrierten sich auf den Bereich der Betriebsgruppen und hatten größtenteils andere Ursachen. Dies galt vor allem für die Betriebsgruppe beim Automobilkonzern Borgward, mit der es bereits seit 1951 starke Auseinandersetzungen gab, die schließlich 1955 zu einigen Ausschlüssen und Austritten führten. Vgl. dazu Willi Elmers, *Arbeitskämpfe bei Borgward*, in: Hofschens/Schwerd (Hrsg.), *Zeitzeugen berichten. Die Bremer Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren*, Marburg 1989, S. 43-57.

65 Zur Akzeptanz der Säuberungen in der Mitgliedschaft siehe z.B. Georg

Fülberth, KPD und DKP 1945, a.a.O., S. 79f. und Manfred Grieger, Günter Judick, Gert Meyer, und Josef Schleifstein, *Stalins Schatten. Stalin und die westeuropäischen Kommunisten*, Neuss 1989, S. 173ff.

Vom Luxusgut zum Alltagsgetränk

Die 1950er und 1960er Jahre im Spiegel der Kaffee-Werbung

Stephanie Abke

Als Johann Jacobs 1895 am Bremer Domshof sein „Specialgeschäft in Cafe, Tee, Cacao, Chocoladen und Biscuits“ eröffnete, war Kaffee ein Luxusgut, das sich nur wenige wohlhabende Bürger leisten konnten.¹ Hundert Jahre später hatte die Firma Jacobs im zweitgrößten Kaffeemarkt hinter den USA einen Marktanteil von 30% erreicht.² Einer der Gründe dieser Expansion ist in der vom Unternehmen immer weiter entwickelten Werbung zu suchen, und es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach dem Erfolg der Marke „Jacobs“. Worin bestand ihre besondere Attraktivität? Warum und mit welchen Mitteln hat der Bremer Kaffeehersteller die Menschen erreicht und für sich gewonnen? Im folgenden werden einige beispielhaft ausgewählte Werbeträger in den Blick genommen, um daraus Rückschlüsse auf den Lebensalltag und die Mentalität der Menschen in zwei Jahrzehnten Bundesrepublik zu ziehen.

Denn Werbung ist längst nicht nur marktwirtschaftliches Instrument und Bestandteil unserer Alltagskultur, sondern hat als visuelle Quelle prismatische Eigenschaften und ist immer auch Erzählung von Zeit. Um wirksam zu werden, darf sie nur solche Botschaften verwenden, die dem sozialen, kulturellen, politischen und zeitlichen Umfeld der potentiellen Käufer entsprechen: Nur so kann der „mental code“³ der Werbung richtig entschlüsselt, Verhalten verändert und das Produkt gekauft werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Wertvorstellungen, Wünsche und Hoffnungen der Menschen aufgespürt, verdichtet, vorgegeben und immer wieder neu definiert werden. Darum möchte ich die These aufstellen, daß Werbung die 1950er und 1960er Jahre nicht so abbildet, wie sie tatsächlich waren. Sie gibt aber Aufschluß darüber, wie sich viele Menschen das Leben damals gewünscht haben.⁴

Lenkt man den Blick auf die Firmengeschichte bis 1950, so ist zu sehen, daß Werbung bei Jacobs schon in den Anfängen eine entscheidende Rolle gespielt hat. Zahlreiche Verkaufsstrategien und